



LOTSE spezial - Steuerspartipps

Blickhan

STEUERBERATUNG

STEUERTIPPS FÜR ALLE

STEUERVERGÜNSTIGUNGEN FÜR EHE UND FAMILIE

TIPPS FÜR SCHÜLER - STUDENTEN - RENTNER

Viel Spaß beim Lesen
Ihre Kanzlei Blickhan & Partner





Die Steuererklärung – nicht unbedingt eine der Lieblingsbeschäftigungen für Steuerpflichtige. Zum Glück haben Sie ja uns – die Steuerberater, die sich gern um all den „Formularkram“ kümmern und alle Steuerkniffe kennen.

Mit dieser Broschüre möchten wir Ihnen einen Überblick über mögliche Steuersparmaßnahmen geben. Dabei hat es zwar nicht jedes einzelne Detail aus Platzgründen geschafft, hier erwähnt zu werden. Doch als unser Mandant können Sie beruhigt sein: Wir berücksichtigen natürlich alle individuellen Besonderheiten.

Neu ab 2019: Bisher galt als Abgabefrist für die Steuererklärung der 31. Mai des Folgejahres.

Seit 2019 gilt der 31. Juli als letzter Abgabetermin. Sie haben für die Abgabe Ihrer Steuererklärung 2018 also nun zwei Monate länger Zeit. Und wenn Sie beim Finanzamt angegeben haben, dass Sie Ihre Steuererklärung über einen Steuerberater abwickeln lassen, verlängert sich das automatisch bis zum 31. Dezember des Folgejahres.

Das erwartet Sie in dieser Lotse-Spezialausgabe:

1. Steuertipps für alle

- 1.1. Beruflich bedingt – die Werbungskosten
- 1.2. Arzt, Brille, Krankheit, Zahnersatz – außergewöhnliche Belastungen
- 1.3. Spenden, Versicherungsbeiträge & Co. – Sammelbecken Sonderposten

2. Steuervergünstigungen für Ehe und Familie

- 2.1. Ehegattensplitting und Steuerklassenwahl
- 2.2. Kinderbetreuungskosten
- 2.3. Unterhalt

3. Tipps für Schüler, Studenten und Rentner

- 3.1. Ferienjobs für Schüler
- 3.2. Erst- und Zweitausbildung für Studenten
- 3.3. Rentner und die Steuerpflicht

Stand März 2019

Der Inhalt ist nach bestem Wissen und dem aktuellen Kenntnisstand erstellt worden. Haftung und Gewähr sind ausgeschlossen, diese bleiben der Einzelberatung vorbehalten.

1. Steuertipps für alle

„Was kann ich absetzen?“ oder „Haben Sie nicht noch einen Tipp zum Steuern sparen für mich?“ sind zwei Fragen, die wir häufig hören. Gern auch bei Erstkontakten, wenn wir nach unserem Beruf gefragt werden und die Antwort „Ich bin Steuerberater / Steuerberaterin, Steuerfachangestellte(r), Steuerfachwirt(in)“ lautet. So einfach aus dem Ärmel schütteln lässt sich die Antwort da natürlich nicht, denn vieles hängt von den individuellen Umständen ab.

Hier erhalten Sie einen Überblick über die Positionen, die für viele Steuerpflichtige zutreffen. Sprechen Sie uns an, wenn Sie Fragen haben oder wissen wollen, welche Besonderheiten sich bei Ihnen zusätzlich steuersparend auswirken können.

1.1. Beruflich bedingt – die Werbungskosten

Der Begriff „Werbungskosten“ ist auf den ersten Blick ein wenig irreführend. Denn er hat nichts mit dem, was wir unter Werbung verstehen, zu tun. Die Steuergesetze sind ja schon im letzten Jahrhundert verfasst worden, und da heißt es: „Werbungskosten sind Aufwendungen/Ausgaben, die der **Erwerbung**, Sicherheit und Erhaltung von Einnahmen dienen.“

Es geht also um alle Ausgaben rund um Ihren Beruf. Was zu den Werbungskosten gehört und was nicht, ist dabei gesetzlich geregelt.

Das Finanzamt hat dabei schon eine Erleichterungsregel geschaffen und zieht bei Arbeitnehmern pauschal 1.000 € Werbungskosten ab. Nur wenn Sie im Laufe eines Jahres mehr Ausgaben haben, müssen Sie diese einzeln auflisten, um sich so über die Steuererklärung Ihr Geld vom Finanzamt zurückzuholen.

Fünf „Klassiker“ und weitere Möglichkeiten im Kurzticker

Warum reden wir von „Klassikern“? Nach diesen „Steuersparmöglichkeiten“ werden wir nach wie vor am häufigsten gefragt – auch wenn inzwischen manchmal weniger geht als erhofft, wie der erste Klassiker gleich zeigt.

Klassiker Nummer 1: das Arbeitszimmer

Viele Jahre war das Arbeitszimmer ein Muss für alle, die Steuern sparen wollten. Schreibtisch, Computer, ein paar Ordner – fertig war das durchschnittliche abzugsfähige Arbeitszimmer in deutschen Haushalten. Dass dort oft wenig gearbeitet wurde, war nicht ganz so wichtig. Sie können sich bestimmt lebhaft vorstellen, dass eine solche Entwicklung Vater Staat ein mächtiger Dorn im Auge war. Und deshalb wurden bereits 2010 die Bestimmungen im Einkommensteuergesetz geändert: Aufwendungen für ein häusliches Arbeitszimmer sind nicht absetzbar.

Aber: Was wäre das Steuerrecht ohne das Wörtchen aber? Es gibt selbstverständlich Ausnahmen.

Genauer genommen zwei:

Fall 1: Sie haben keinen anderen Arbeitsplatz für Ihre beruflichen oder betrieblichen Tätigkeiten – dann können Sie von den Kosten bis zu 1.250 € pro Jahr von der Steuer absetzen. Beispiele sind Außendienstmitarbeiter und Lehrer.

Fall 2: Das Arbeitszimmer ist sogar der Mittelpunkt Ihrer gesamten beruflichen oder betrieblichen Tätigkeit – dann können Sie alle damit zusammenhängenden Kosten komplett absetzen. Beispiele sind angestellte Heimarbeiter und Selbstständige wie Schriftsteller oder Künstler.

Ganz wichtig dabei: Sie müssen das Arbeitszimmer auch tatsächlich beruflich oder betrieblich nutzen. Und zwar mindestens zu 90 Prozent. Der private Anteil darf dementsprechend nur bei höchstens 10 Prozent liegen. Es ist wohl fraglich, wie das gemessen werden kann. Doch es dient zur Verdeutlichung, dass es schon auch mal was Privates sein darf, aber eben nur ganz selten.

Das wird auch durch ein entsprechendes Urteil deutlich: Eine Arbeitsecke oder ein nicht abgeteiltes Arbeitszimmer wird nicht als Arbeitszimmer vom Finanzamt anerkannt. Denn der Raum, der als Arbeitszimmer dient, darf nicht privat und beruflich genutzt werden.

So ermitteln Sie die Kosten

Wenn Sie alle Voraussetzungen erfüllen, dürfen Sie die Kosten für ein häusliches Arbeitszimmer von der Steuer absetzen. Setzen Sie dazu die Fläche des Arbeitszimmers ins Verhältnis zur Gesamtfläche der Wohnung.

Beispiel: Das Zimmer hat 12 Quadratmeter, die gesamte Wohnung 120. Dann sind das 10 Prozent. Ansetzen können Sie deshalb 10 Prozent Ihrer Warmmiete und Stromkosten sowie anderer Ausgaben, die mit der Wohnung zusammenhängen. Ergibt sich dann ein monatlicher Betrag von 120 €, sind das 1.440 € pro Jahr. Im Fall 1 könnten Sie 1.250 € absetzen, im Fall 2 die kompletten 1.440 €.

Tipp: Selbst wenn das Finanzamt kein Arbeitszimmer anerkennt, können Sie beruflich benötigte Arbeitsmittel wie einen Computer als Werbungskosten absetzen. Voraussetzung ist, dass Sie diese Gegenstände so gut wie ausschließlich für berufliche Zwecke verwenden. Solche Arbeitsmittel können Sie als geringwertige Wirtschaftsgüter (GWG) sofort absetzen, wenn der Kaufpreis inklusive Mehrwertsteuer 952 € (800 € netto) nicht übersteigt. Höherwertigere Gegenstände müssen Sie über die Nutzungsdauer abschreiben



Klassiker Nummer 2: die Arbeitskleidung

Müssen Sie sich jeden Morgen für Ihren Job in eine bestimmte Kleidung werfen, zum Beispiel als Arzt, Bauarbeiter, Hotel- und Servicemitarbeiter, Koch? Wenn Sie Ihre Berufskleidung selbst anschaffen, können Sie diese von der Steuer absetzen.

Dabei gilt die Grundregel: Nur wenn sich die Kleidung üblicherweise ausschließlich im jeweiligen Beruf tragen lässt, lassen sich die Kosten dafür als Werbungskosten absetzen.

Zur Veranschaulichung ein paar Beispiele dafür:

- Amtstrachten von Richtern
- Schutzkleidung wie Arbeitsanzüge, Schutzhelme, Sicherheitsschuhe, Arbeitshandschuhe und Labormäntel
- schwarzer Anzug bei Leichenbestattern und Geistlichen
- der Frack eines Kellners oder schwarzer Rock bei Kellnerinnen
- der Frack eines Orchestermusikers
- weißer Kittel und andere weiße Berufskleidung wie bei Metzgern
- der Cut eines Empfangschefs im Hotel
- generell Uniformen und Dienstkleidung mit Dienstabzeichen, Anzüge bzw. Kostüme von Mitarbeitern einer Fluggesellschaft
- Bühnenkleidung bei Künstlern

Klassiker Nummer 3: Dienstreisen

Wenn Sie aus rein beruflichen Gründen unterwegs waren und Ihr Arbeitgeber die Kosten nicht übernimmt, können Sie die Reisekosten bei den Werbungskosten von der Steuer absetzen. Dazu zählen Fahrtkosten, Übernachtungskosten, Verpflegungsmehraufwand und Reisenebenkosten. Typische Beispiele für beruflich veranlasste Reisen sind Seminar-, Kunden- oder Messebesuche.

Wenn Sie Urlaub machen, könnten Sie zwar auch argumentieren, dass das beruflich bedingt ist, da Sie Ihre Arbeitstätigkeit wiederherstellen. Doch das erkennt das Finanzamt nicht an.

Eine Chance auf Absetzbarkeit gibt es allerdings: wenn Sie Ihren Urlaub mit einem dienstlichen Anlass verbinden. Das sind dann sogenannte gemischte Aufwendungen. Stellen Sie sich vor, Sie müssen zu einem dreitägigen Kongress nach Hamburg, der von Montag bis Mittwoch geht, und Sie nutzen das Wochenende davor privat. Oder Sie gehen unmittelbar nach Ende einer Dienstreise in Barcelona gleich in einen einwöchigen Urlaub an die Costa Brava. Entscheidend ist: Es muss immer einen beruflich bedingten Teil geben, der mindestens 10 Prozent der gesamten Reisezeit ausmacht, sonst verweigert das Finanzamt die Anerkennung. In einem zweiwöchigen Urlaub mal einen Tag zu einem Kongress gehen funktioniert also nicht.

Wie werden gemischte Aufwendungen berechnet?

Sie haben einen Fachkongress in Barcelona besucht und sind Samstag früh angereist. Die Veranstaltung fand ganztägig von Dienstag bis Donnerstag statt. Am Sonntagabend sind Sie nach Hause zurückgereist.

In diesem Fall können Sie die Kosten für zwei Übernachtungen (von Dienstag bis Donnerstag) und die Kongressgebühren vollständig als Werbungskosten abziehen. Die Flugkosten sind gemischt veranlasst und entsprechend den Veranlassungsbeiträgen aufzuteilen. Sachgerechter Aufteilungsmaßstab ist das Verhältnis der beruflichen und privaten Zeiteile der Reise (beruflich veranlasst sind drei Neuntel). Ihre Verpflegungskosten können Sie nur in Höhe der Pauschbeträge für Verpflegungsmehraufwendungen für die beruflich veranlassten drei Tage als Werbungskosten abziehen.



Klassiker Nummer 4: Haushalt, Haustier, Handwerker

Wenn Sie keine Zeit oder keine Lust haben, Ihre Fenster oder die Wohnung zu putzen, den Rasen zu mähen oder die Hecken zu schneiden, haben Sie möglicherweise jemanden beauftragt, der das für Sie erledigt. Macht er oder sie das legal gegen Rechnung, können Sie sich einen Teil der Kosten vom Finanzamt zurückholen. Wenn Sie gewisse Punkte beachten, können Sie so insgesamt bis zu 4.000 € direkt von Ihrer Steuerschuld abziehen.

Das Finanzamt spricht hier von **haushaltsnahen Dienstleistungen**. Die wichtigste Voraussetzung ist erfüllt, wenn Sie als Privatperson bei einem Dienstleister Tätigkeiten in Auftrag gegeben haben, die ansonsten Mitglieder Ihres Haushalts übernehmen würden. Also Ihr Ehe- oder Lebenspartner oder Kinder, die zu Hause wohnen. Es muss sich auch tatsächlich um eine reine Dienstleistung handeln, die noch dazu in Ihrem Haushalt ausgeführt wird.

Zu den steuerlich absetzbaren haushaltsnahen Dienstleistungen zählen unter anderem:

- Reinigung der Wohnung, des Teppichs oder der Fenster
- Fußwegreinigung und Winterdienst, auch auf öffentlichen Gehwegen
- Hausmeisterleistungen
- Gartenarbeiten innerhalb des Grundstücks wie Rasen mähen, Baumpflege oder Hecken schneiden
- Pflegedienstleistungen – auch dann, wenn das Personal keine spezifische Ausbildung hat
- Aufwendungen für ein Notrufsystem in einer Seniorenresidenz
- Kinderbetreuung zu Hause

In rund 18 Prozent deutscher Haushalte leben **Hunde**. Wenn Sie auch dazu gehören, können Sie einen Teil der Kosten für Ihr Haustier sogar von der Steuer absetzen, wenn Sie den sogenannten haushaltsnahen Dienstleistungen zuzuordnen sind. So können Betreuungskosten für den Hund zu 20 Prozent abgesetzt werden, wenn Sie Ihren Hund in der eigenen Wohnung beaufsichtigen lassen (und natürlich per Überweisung und mit Rechnung bezahlen). Das klappt aufgrund eines aktuellen Urteils sogar auch, wenn der Dogsitter ganz klassisch mit dem Hund Gassi geht.

Ein zweiter Steuersparposten sind **Handwerkerrechnungen**. Die Arbeitskosten – nicht das Material – für fast alle Renovierungsarbeiten an Haus und Hof können Privatkunden von der Steuer absetzen: pro Haushalt bis zu 1.200 € im Jahr.

Wie funktioniert das?

20 Prozent der Arbeitskosten bis zu einem Höchstwert von 6.000 € können Privatkunden jedes Jahr für Renovierungs- und Sanierungsarbeiten innerhalb der eigenen vier Wände geltend machen. Haben Sie die Höchstsumme erreicht, gibt es einen Steuerbonus von 1.200 €. Liegen die Arbeitskosten nur bei 2.100 €, dann würde der Steuerbonus entsprechend bei immerhin noch 420 € liegen. Ein Ehepaar, das zusammen veranlagt wird, kann den Bonus aber nur einmal nutzen.

Klassiker Nummer 5: Umzug

Insgesamt ziehen mehr als neun Millionen Deutsche pro Jahr um und in Zeiten erhöhter Mobilität davon sicherlich einige auch beruflich bedingt. In diesem Fall können Sie einige Teile der Kosten voll, andere im Rahmen der Umzugskostenpauschale absetzen.

Vorweg stellt sich die Frage: Ist der Umzug privat oder beruflich bedingt?

Wenn Sie rein privat umziehen, kommen Sie nicht in den Genuss der Umzugskostenpauschale. Aber: Die beim Umzug entstehenden Lohn- und Fahrtkosten, etwa für Umzugshelfer und Spediteure, lassen sich als haushaltsnahe Dienstleistungen – siehe Klassiker Nr. 4 – absetzen, und zwar in Höhe von 20 Prozent, bis zu 4.000 € im Jahr.

Ausnahme: Wenn Sie wegen Krankheit oder Behinderung umziehen müssen und sich das von einem Amtsarzt bestätigen lassen, können Sie den Umzug als außergewöhnliche Belastung absetzen (mehr dazu im nächsten Abschnitt).

Berufsbedingter Umzug: Werbungskosten und Umzugskostenpauschale

Wenn Sie berufsbedingt umziehen, können Sie einen großen Teil der Umzugskosten als Werbungskosten bei der Steuererklärung angeben. Die Ausgaben werden getrennt nach „allgemeinen Kosten“ und „sonstigen Kosten“. Um sie steuerlich absetzen zu können, muss Ihr Umzug eine der folgenden Voraussetzungen erfüllen

- Antritt des allerersten Jobs
- Arbeitsplatzwechsel oder Versetzung (ggf. in eine andere Stadt)
- kürzerer Arbeitsweg (täglich mindestens eine halbe Stunde schneller)
- Einzug in eine oder Auszug aus einer Dienstwohnung oder Zweitwohnung
- Rückkehr aus dem Ausland zum Antritt einer neuen Stelle in Deutschland

Als Nachweis für den berufsbedingten Umzug eignet sich der Arbeitsvertrag oder eine Bestätigung des Arbeitgebers.

Wichtig: Übernimmt der Arbeitgeber die Kosten für den Umzug, können Sie diese natürlich nicht von der Steuer absetzen.

Nun aber zu den Umzugskosten und zur Umzugskostenpauschale

„Allgemeine Kosten“ mit Quittungen und Rechnungen belegen

Es gibt eine Reihe allgemeiner Kosten, die Sie in voller Höhe in der Steuererklärung angeben können. Um sie nachweisen zu können, benötigen Sie Belege wie Quittungen und Rechnungen.

- Transportkosten für den Hausrat (Umzugsunternehmen, Miettransporter, Kosten für Verpackungen)
- Reise- und Übernachtungskosten (z. B. für eine Wohnungsbesichtigung)
- doppelte Miete während der Umzugsphase
- Makler- und Besichtigungskosten
- Provision für einen Makler
- Nachhilfe für Kinder, um Unterrichtsstoff am neuen Wohnort nachzuholen (maximal 1.984 € ab 01.03.2018, 2.045 € ab 01.04.2019)

Für zusätzliche „sonstige“ Kosten können Sie die Umzugskostenpauschale nutzen. Zahlungsbelege brauchen Sie in diesem Fall nicht.

- Anzeigen für die Wohnungssuche
- Ummeldegebühren (auch für Kfz)
- Trinkgelder und Verpflegungskosten für Umzugshelfer
- Ab- und Aufbau von Möbeln

- fachgerechter Anschluss elektrischer Geräte
- Installation von Telefon- und Internetanschluss
- professionelles Anbringen und Ändern von Gardinen, Rollos, Vorhängen und der dazugehörigen Halterungen
- Schönheitsreparaturen in der alten Wohnung (sofern im Mietvertrag vorgeschrieben)
- Nachsendeauftrag

Ab 01.03.2018 gelten für die Umzugskostenpauschale folgende Beträge:

- Ledige: 787 € (ab 01.04.2019: 811 €)
- verheiratete Paare: 1.573 € (ab 01.04.2019: 1.622 €)
- zusätzlich pro Kind/Angehörigen im selben Haushalt: 347 € (ab 01.04.2019: 357 €)
- Wer verwitwet, geschieden oder alleinerziehend ist, erhält den Paarbetrug.

Falls Sie innerhalb von fünf Jahren ein zweites Mal aus beruflichen Gründen umziehen, gibt es einen Zuschlag von 50 Prozent auf die Pauschalbeträge.

Haben Sie mehr als die oben genannten Pauschalbeträge für den Umzug ausgegeben? Dann müssen Sie die Umzugskostenpauschale nicht nutzen, sondern können diese Kosten auch einzeln geltend machen. In diesem Fall müssen Sie allerdings alle Quittungen aufbewahren.

Weitere beruflich veranlasste Ausgaben im Kurzticker von A bis W:

- **Arbeitsmittel:** Vom PC übers Bücherregal bis zur Fachliteratur: Alles kann als Werbungskosten abgesetzt werden. Immer vorausgesetzt, die Gegenstände werden größtenteils beruflich genutzt.
- **Bahncard:** Kann komplett abgesetzt werden, wenn Sie regelmäßig mit der Bahn zur Arbeit oder zu Auswärtsterminen fahren. Sie darf trotzdem auch für private Fahrten genutzt werden.
- **Bewerbung:** Alle Ausgaben für eine Bewerbung sind Werbungskosten, von Bewerbungsfotos über Portokosten bis zu den Fahrtkosten bei Vorstellungsgesprächen.
- **Doppelte Haushaltsführung:** Sie haben am Arbeitsort eine zweite Wohnung? Dann können Sie Miete, Fahrtkosten und anderes als Werbungskosten absetzen.
- **Fahrten** von der Wohnung zur Arbeit: 30 Cent pro Entfernungskilometer können Sie für jede Fahrt zur Firma als Werbungskosten von der Steuer absetzen. Umgangssprachlich auch **Pendlerpauschale** genannt. Höchstbetrag ohne eigenes Auto oder Firmenwagen: 4.500 € pro Jahr.
- der Mitgliedsbeitrag der **Gewerkschaft**
- Sie nutzen **Telefon** und **Internet** auch beruflich und nicht ausschließlich privat? Dann lässt sich wenigstens ein Teil dieser Ausgaben zurückholen.
- **Weiterbildung:** Berufliche Fort- und Weiterbildungen (Seminare, Schulungen und Ähnliches) können komplett von der Steuer abgesetzt werden.



1.2. Arzt, Brille, Krankheit, Zahnersatz – außergewöhnliche Belastungen

In der heutigen Zeit heißt es beim Arzt oder Zahnarzt leider immer öfter: Das übernimmt Ihre Kasse nicht, da müssen Sie zuzahlen oder es komplett privat bezahlen. Das mögen manchmal nur kleinere Beträge sein, wie die Zuzahlung in der Apotheke oder bei der Physiotherapie, aber auch das geht ins Geld. Ganz zu schweigen von teurem Zahnersatz oder Brillen.

Man kann es eigentlich kurz machen: Alles, was die Kasse nicht bezahlt, aber medizinisch notwendig ist, um Sie wieder gesund zu machen oder eine Krankheit zu lindern, zählt zu den außergewöhnlichen Belastungen.

Reine Prophylaxe zählt allerdings nicht. Hilfreich ist dabei immer eine ärztliche Bescheinigung über die Notwendigkeit der Maßnahme. Also: Sammeln Sie wirklich alle Quittungen und Rechnungen. Sei es für Zahnersatz, Rezeptgebühren, nicht verschreibungspflichtige Medikamente, Brillen, Hörgeräte oder einen Rollstuhl. Selbst Fahrtkosten zum Arzt sind absetzbar, ebenfalls Impfungen für einen Auslandsaufenthalt oder auch von der Kasse nicht anerkannte Methoden wie Akupunktur.

Tipp: Wenn Sie zum Beispiel mehrere kostspielige Zahnarztbesuche brauchen, legen Sie diese bitte, wenn möglich, in ein Kalenderjahr.

Denn so einfach alles absetzen geht dann doch nicht. Das Finanzamt hat eine **zumutbare Belastung** festgelegt. Das ist Ihr **Selbstbehalt**, den Sie von den Aufwendungen übernehmen müssen, bevor die Allgemeinheit der Steuerzahler Ihnen hilft. Dies führt dazu, dass jedes Jahr außergewöhnliche Belastungen bis zu einem bestimmten Betrag „unter den Tisch fallen“ und sich nicht steuermindernd auswirken.

Die Höhe der zumutbaren Belastung hängt von Ihrem Familienstand inklusive der Anzahl Ihrer Kinder und Ihrem Einkommen ab. Dafür gibt es drei Einkommensklassen für die Zumutbarkeit: bis 15.340 €, über 15.340 bis 51.130 € und über 51.130 €. Der Prozentsatz bewegt sich zwischen 1 und 7 Prozent.

Nach neuester Rechtsprechung ist die Höhe der Zumutbarkeit stufenweise zu berechnen, das heißt, es wird nur der Teil des Gesamtbetrages der Einkünfte mit dem höheren Prozentsatz belastet, der den jeweiligen Grenzbetrag übersteigt. Diese neue Rechtsprechung führt dazu, dass die zumutbare Belastung im günstigsten Fall um 664,70 € niedriger ausfällt.

Gern berechnen wir Ihnen das für Ihren konkreten Fall, sprechen Sie uns an.

1.3. Spenden, Versicherungsbeiträge und Co. – Sammelbecken Sonderausgaben

Sonderausgaben sind Kosten der Lebensführung, die der Gesetzgeber steuerlich begünstigt. Obwohl es sich um private Ausgaben handelt, dürfen Sie diese vom Einkommen abziehen und zahlen dann weniger Steuern.

Zur Orientierung, ob Sie Ausgaben haben, die in diesem Bereich Steuern sparen helfen, hier eine Aufzählung der häufigsten Sonderausgaben:

- Vorsorgeaufwendungen wie Krankenversicherungs- und Altersvorsorgebeiträge
- die Kirchensteuer
- Beiträge zu einem Riester-Vertrag
- Berufsausbildungskosten für die erstmalige Ausbildung
- Schulgeld
- die Sanierungskosten für ein selbst bewohntes oder vermietetes Baudenkmal
- Kinderbetreuungskosten (dazu im nächsten Abschnitt mehr)
- Unterhaltszahlungen an den getrennt lebenden oder geschiedenen Ehegatten (auch dazu im nächsten Abschnitt mehr)

Mit Spenden Gutes tun

Wenn Sie spenden, tun Sie nicht nur anderen etwas Gutes, sondern senken damit auch Ihre Steuerlast.

Spenden und Mitgliedsbeiträge zur Förderung steuerbegünstigter Zwecke berücksichtigt das Finanzamt bis zu 20 Prozent des Gesamtbetrags Ihrer Einkünfte. Sie können Geld, Sachleistungen oder Zeit spenden. Bei einer Zeitspende verzichten Sie auf eine Ihnen zustehende Vergütung.

Als Sonderausgaben absetzbar sind Spenden an steuerbegünstigte Organisationen wie gemeinnützige Vereine, Stiftungen, politische Parteien, Kirchen und Hochschulen. Alle Spenden und Mitgliedsbeiträge für steuerbegünstigte Zwecke müssen Sie anhand einer Spendenquittung nachweisen können. Diese erhalten Sie vom Spendenempfänger, sofern er sie nicht schon elektronisch an das Finanzamt übermittelt hat.

Bei Spenden und Mitgliedsbeiträgen bis zu 200 € je Zahlung ist dabei ein vereinfachter Nachweis erlaubt: Das gilt bei Zuwendungen an gemeinnützige Organisationen und Spenden zur Hilfe in Katastrophenfällen. Dann reicht als Nachweis der Bareinzahlungsbeleg oder die Buchungsbestätigung, zum Beispiel ein Kontoauszug.

Das Steuermodernisierungsgesetz brachte eine weitere Erleichterung: Ab der Steuererklärung 2017 müssen generell keine Spendenbescheinigungen mehr eingereicht werden – erst auf Nachfrage des Finanzamts. Sie müssen jedoch die Belege aufheben – und zwar bis zum Ende des Jahres, nachdem Sie Ihren Steuerbescheid erhalten haben.





2. Steuervergünstigungen für Ehe und Familie

Das Familienleben hat heutzutage viele Facetten und das Finanzamt unterstützt durch steuerliche Vergünstigungen bei Ehe, Kindern, Unterhalt.

2.1. Ehegattensplitting und Steuerklassenwahl

Die wenigsten heiraten aus rein steuerlichen Gründen, doch alle Ehepaare können davon profitieren.

Heiraten Sie (standesamtlich, nicht nur kirchlich), können Sie steuerlich nach Ihrer Wahl **einzeln** oder **zusammen** zur Einkommensteuer veranlagt werden. Die steuerliche Zusammenveranlagung ist im Regelfall die für Ehegatten günstigste Veranlagungsform. Dazu werden Ihre Einkünfte getrennt ermittelt, anschließend aber zusammenge-rechnet. Danach werden alle abzugsfähigen Ausgaben wie Sonderausgaben und außergewöhnliche Belastungen abgezogen. Sie werden wie eine steuerpflichtige Person behandelt. Auf Ihr sodann sich ergebendes zu versteuerndes Einkommen wird die Splitting-Tabelle des Einkommensteuerrechts angewendet. Aufgrund des progressiven Tarifverlaufs der Einkommensteuertabelle ergibt sich dadurch für Ehegatten ein Steuervorteil. Dies ist der sogenannte Splittingvorteil.

Der **Splittingvorteil** ist umso größer, je weiter Ihre Einkommen auseinanderliegen. Verdienen Sie gleich viel, dann ist der Splittingvorteil gleich null.

Optimieren Sie Ihre Steuerklassen

Das Einkommensteuerrecht kennt unterschiedliche Steuerklassen. Die Steuerklassen entscheiden dabei darüber, wie viele Steuern jeden Monat vom Lohn abgezogen werden. Eheleute können ihre Steuerlast mindern, wenn sie sehr unterschiedliche Einkommen haben. Wer noch im Dezember heiratet oder sich verpartnert, kann die Vergünstigungen rückwirkend für das ganze Jahr erhalten.

Mit der Eheschließung können Sie sich für folgende Steuerklassen-kombinationen entscheiden:

Steuerklassenwahl IV/IV

Mit der Eheschließung werden Sie und Ihr Ehepartner automatisch in die Steuerklassen IV/IV eingestuft. Ein Antrag ist dafür nicht notwendig. Allerdings zahlt der Besserverdienende dann erheblich höhere Steuern als eigentlich notwendig. Diesem Problem hilft das **Faktorverfahren** ab. Dazu wird der Splittingvorteil bereits im laufenden Jahr berücksichtigt. Sie vermeiden damit Steuernachzahlungen. Sie brauchen sich dann auch nicht für die Steuerklassenkombination III/V zu entscheiden. Beim Faktorverfahren trägt das Finanzamt auf Ihrer Lohnsteuerkarte Ihren Faktor ein, der sich aus dem Verhältnis der voraussichtlichen gemeinsamen Einkommensteuer ergibt. Ihr Arbeitgeber berechnet dann mithilfe des Faktors Ihren Lohnsteueranteil.

Steuerklassenwahl III/V

Verdient ein Ehepartner mehr als der andere, kann die Steuerklassenkombination III/V vorteilhaft sein. Derjenige, der mehr verdient, zahlt dann weniger Einkommensteuer und bezieht ein höheres Nettogehalt. In der Regel wird zu viel an Lohnsteuer einbehalten, wenn der Ehegatte mehr als 40 Prozent zum Gesamteinkommen beiträgt. Zu wenig Lohnsteuer wird einbehalten, wenn er weniger als 40 Prozent des Gesamteinkommens erzielt. Die Steuerklassenkombination III/V unterstellt, dass der Partner mit der Steuerklasse III 60 Prozent und der andere mit der Steuerklasse V 40 Prozent des gemeinsamen Arbeitseinkommens erzielt. Entsprechen die Einnahmen nicht diesem Verhältnis, müssen Sie mit Steuernachzahlungen rechnen.

Der Nachteil bei dieser Kombination ist, dass der Ehegatte in der Steuerklasse V oft überproportional mehr Lohnsteuer zahlt, weil fast alle Frei- und Pauschbeträge für den Ehegatten in der Steuerklasse III zusammengefasst und in der Steuerklasse V die geringsten Freibeträge eingearbeitet sind. Auf jeden Fall ist die Kombination dann meist günstig, wenn ein Ehegatte viel weniger verdient als der andere oder nur als Aushilfe tätig wird.

2.2. Kinderbetreuungskosten

Haben Sie Kinder? Dann wissen Sie bei aller Liebe, dass sie viel Freude bringen, doch auch reichlich Kosten verursachen. Der Staat unterstützt Familien dabei nicht nur durch Eltern- und Kindergeld, sondern auch durch steuerliche Erleichterungen.

Kinderbetreuungskosten sind Sonderausgaben

Kinderbetreuungskosten lassen sich als Sonderausgaben von der Steuer absetzen. Jedoch nur zu zwei Dritteln und bis zu einer Obergrenze von 4.000 € pro Kind und Jahr. Und auch nur bis zur Vollendung des 14. Lebensjahres des Kindes. Ausnahme hier: Für Kinder, die sich wegen einer Behinderung nicht selbst versorgen können, entfällt die Altersgrenze.

Was wird als Betreuungskosten anerkannt?

Lebt Ihr Kind in Ihrem Haushalt, können Sie viele Kosten rund um die Kinderbetreuung geltend machen, zum Beispiel für einen Platz in einem Kindergarten, einer Kindertagesstätte oder einem Kinderhort. Zu den Betreuungskosten zählen außerdem die Ausgaben für einen Babysitter, ein Au-Pair oder eine Nanny. Wichtig: Sie müssen eine Rechnung über die Kosten der Kinderbetreuung vorliegen haben und diese per Überweisung begleichen. Barzahlungen erkennt das Finanzamt nicht an.

Weiterer wichtiger Hinweis: Die Kosten für beispielsweise Essensgeld oder Spielgeld dürfen Sie steuerlich leider nicht berücksichtigen. Die Konsequenz ist, dass Sie bei der Rechnung genau darauf achten müssen, dass die Kosten für die Betreuung extra ausgewiesen sind.

Nicht absetzen lässt sich unter anderem ein Musikkurs, etwa zum Erlernen eines Instruments, alles, was mit Sport und anderen Freizeitbeschäftigungen zu tun hat, aber auch Nachhilfeunterricht.

Und was ist mit der Oma?

Hüten die Großeltern das Enkelkind, können Sie als Eltern die **Fahrtkostenerstattung** von der Steuer absetzen. Das Finanzgericht Baden-Württemberg hat dazu entschieden: Wer seine Eltern oder Schwiegereltern bittet, auf die Enkel aufzupassen, kann ihnen die Fahrtkosten erstatten und dann in der eigenen Steuererklärung angeben. Das gilt auch dann, wenn die Betreuung eine „familiäre Gefälligkeit“ darstellt, die Großeltern also grundsätzlich nicht fürs Kinderhüten bezahlt werden. 30 Cent pro gefahrenen Kilometer sind dabei durchaus angemessen, urteilten die Richter aus Baden-Württemberg. Die Oma oder der Opa selbst müssen die Erstattung der Fahrtkosten nicht versteuern, da es sich um eine Aufwandsentschädigung handelt.

2.3. Unterhalt

Und was passiert, wenn die Ehe auseinandergeht?

Das Thema Scheidung hat natürlich ungeheuer viele rechtliche Aspekte, die hier nicht im Ansatz komplett erläutert werden können. Deshalb hier das wichtigste steuerliche Thema in diesem Zusammenhang: der Unterhalt.

Unterhalt ist nicht nur Ehegattenunterhalt

Die grobe Unterscheidung lautet hier: Kindesunterhalt lässt sich generell nicht steuerlich absetzen, Ehegattenunterhalt sehr wohl.

Es gibt zwei Wege, um den Unterhalt abzusetzen. Doch Vorsicht: beide haben auch Nachteile.

Weg 1: Ehegattenunterhalt als außergewöhnliche Belastung absetzen

Sie können (theoretisch) bis zu 9.168 € jährlich (Stand 2019) absetzen, sofern Ihre Kosten die zumutbare Belastung überschreiten. ABER: Der Empfänger des Unterhalts darf nahezu keine eigenen Einkünfte und Vermögen haben. Erzielt der Unterhaltsberechtigte allerdings eigene Einkünfte, verringert sich der Höchstbetrag.

Weg 2: das sogenannte Realsplitting als Sonderausgabe

Diese Variante klingt zumindest auf den ersten Blick attraktiv: Bis zu 13.805 € (rund 1.150 € pro Monat) kann der Unterhaltszahler von der Steuer absetzen. Dafür gibt es sogar einen Extrabereich Unterhalt in der Steuererklärung. Doch das funktioniert nur, wenn der Ex-Partner dieser Regelung schriftlich zugestimmt hat.

Möglicher Streitpunkt: Er/Sie muss die Unterhaltszahlung auch in seiner/ihrer Steuererklärung angeben. Und das kann zu Ärger führen. Denn bei einer nicht so gütlichen Trennung wird diese Unterschrift durchaus auch gern als Druckmittel benutzt. Prinzipiell gilt aber: Entstehen dem Unterhaltsempfänger finanzielle Nachteile durch das Realsplitting, muss der Unterhaltszahler diese ausgleichen. Weigert sich der Unterhaltsempfänger ohne Grund, die Unterschrift zu leisten, kann der Unterhaltszahler das einklagen.





3. Tipps für Schüler, Studenten und Rentner

Auch in der Zeit vor und nach dem normalen Arbeitsleben können Steuerthemen eine Rolle spielen. Denn auch in diesen Lebenslagen verdient sich der eine oder die andere ein „Zubrot“ zum Taschengeld, werden Wünsche mit Nebenjobs erfüllt oder wird die Rente aufgebessert.

3.1. Ferienjobs für Schüler

Eines vorweg: Kinder dürfen ab 13 Jahren stundenweise arbeiten, für einen richtigen Ferienjob müssen Schüler aber 15 Jahre alt sein. Sozialabgaben werden in der Regel nicht fällig. Ausnahme: Wer über 18 ist und mehr als 50 Tage im Kalenderjahr arbeitet, muss Beiträge zu Kranken-, Pflege-, Renten- und Arbeitslosenversicherung zahlen. Bei den Steuern sieht es anders aus, denn Arbeitslohn muss prinzipiell versteuert werden. Doch Schüler bleiben im Normalfall unter dem Grundfreibetrag und können in der Steuerklasse I bis ca. 1.000 € im Monat steuerfrei verdienen. Wenn es mehr werden sollte und tatsächlich Steuern vom Lohn abgezogen worden sind: Diesen Betrag können sich Schüler im nächsten Jahr mit der Steuererklärung in der Regel komplett zurückholen.

Eine Alternative ist der Minijob. Der darf im Monat nicht mehr als 450 € einbringen. In diesem Fall muss der Arbeitgeber aber pauschal 2 Prozent des Lohnes als Lohnsteuer abführen.

3.2. Erst- und Weiterbildung für Studenten

So ein Studium geht ganz schön ins Geld. In Sachen Nebenverdienst gelten die gleichen Regelungen wie für Schüler. Doch was ist mit den Kosten?

Alle Kosten, die im Zusammenhang mit dem Studium angefallen sind, können für die Steuererklärung relevant sein. Also können Fahrtkosten, Arbeitsmittel wie Bücher, PC, Drucker, Papier, Büromaterial und Porto, Semestergebühren, Prüfungsgebühren, die Miete im Rahmen eines doppelten Haushalts, Verpflegungsmehraufwendungen und ggf. Zinsen für einen Kredit ansetzbar sein. Es lohnt sich, die Belege der Ausgaben jedes Jahr zu sammeln und aufzuheben.

Grundsätzlich muss zwischen der ersten Ausbildung und einer Fort- oder Weiterbildung unterschieden werden.

Kosten der ersten Ausbildung als Sonderausgaben

Die erste Ausbildung, die erste Lehre oder das erste Studium, die abgeschlossen werden, sind als Erstausbildung anzusehen. Führt diese Ausbildung zu keinem Verdienst, können die angefallenen Kosten lediglich als Sonderausgaben in Höhe von 6.000 € angesetzt werden. Das klingt leider besser, als es ist, weil bei einem Nebenjob meist ohnehin nicht mehr als der Grundfreibetrag in Höhe von 9.000 € (für 2018) bzw. 9.168 € (für 2019) zu erzielen sein wird. Die Steuer wird dann ohnehin zurückerstattet oder überhaupt nicht erhoben. Werden dann die durch das Studium angefallenen Sonderausgaben geltend gemacht, kann dies nur für das Jahr erfolgen, in dem sie gezahlt wurden. Sie wirken sich dann oft mangels ausreichender Höhe des Einkommens nicht aus und gehen so verloren. Ein typischer und häufiger Fall für Studenten ist das **Bachelor-Studium**.

Kosten der Fort- und Weiterbildung

Als Fort- oder Weiterbildung andererseits ist jede beruflich veranlasste Ausbildung nach Abschluss des Erststudiums zu bewerten. Häufig handelt es sich um ein **Master- oder Zweitstudium**. Die Bildungsmaßnahme dient damit bereits der Erwerbstätigkeit, da ein erster Beruf bereits vorhanden ist. Die hier entstehenden Kosten können in voller Höhe als Werbungskosten bei einem Arbeitnehmer berücksichtigt werden – und zwar auch erst zu einem späteren Zeitpunkt. Während der Zeit des Zweitstudiums bzw. der Fortbildung entstehen Verluste, die in den nachfolgenden Jahren die Steuern vermindern. Dies ist besonders erfreulich und wirkungsvoll, wenn der Verdienst nach der Fort- und Weiterbildung deutlich ansteigt.

Aktuell steht dazu eine gerichtliche Entscheidung vor dem Bundesgerichtshof aus, in der es um die Zulässigkeit des Werbungskostenabzugs von **Studienkosten aus dem Erststudium** geht. Sollte sich das Gericht dafür entscheiden, dass auch Studenten, die den ersten berufsqualifizierenden Abschluss anstreben, ihre Studienkosten als Werbungskosten absetzen dürfen, hat das weitreichende steuersparende Konsequenzen. Deshalb auf jeden Fall die Belege für alle Kosten sammeln und aufbewahren.

3.3. Rentner und die Steuerpflicht

Lang, lang ist's her ... das Alterseinkünftegesetz ist am 01.01.2005 in Kraft getreten. Und wirkt sich nach und nach immer stärker auf die Rentenbesteuerung aus.

Je nach Jahr, in dem Sie Ihre Rente antreten bzw. antreten werden, ist ein höherer Anteil der Rente zu versteuern. Zur Verdeutlichung die Entwicklung:

- Wer 2005 und früher in Rente gegangen ist, muss 50 Prozent seiner Rente versteuern.
- Ab 2017 sind es bereits 74 Prozent.
- Ab 2018 sind es 76 Prozent.
- Ab 2019 sind es 78 Prozent.
- Ab 2040 wird jeder Rentner seine Rente zu 100 Prozent versteuern müssen.

Aktuell müssen Rentner also nur einen Teil der Rente versteuern. Der Teil der Rente, der nicht versteuert werden muss, wird **Rentenfreibetrag** genannt. Das sind 2019 immerhin 22 Prozent der Rente.

Sie als Rentner müssen dann eine Steuererklärung abgeben, wenn der steuerpflichtige Teil der Jahresbruttorente über dem Grundfreibetrag liegt. Dieser Grundfreibetrag wird vom Gesetzgeber immer mal wieder angepasst. Für 2018 beträgt er 9.000 €, für 2019 9.168 €, für Verheiratete verdoppelt sich der Betrag.

Wichtig: Wenn Sie vom Finanzamt dazu aufgefordert werden, sind Sie auch verpflichtet, eine Steuererklärung abzugeben. Reagieren Sie in diesem Fall zügig. Das Finanzamt wird sonst Ihre steuerliche Situation schätzen – und das kann zu empfindlichen Steuernachzahlungen führen.

Wenn Sie eine Steuererklärung abgeben, können Sie – ähnlich wie bei Arbeitnehmern - bestimmte Kosten steuerlich geltend machen.

Steuersparende Werbungskosten sind auch für Rentner ein Thema. Wenn Sie nichts angeben, schreiben die Finanzbeamten automatisch 102 € als Pauschbetrag gut. Mit Belegen sind Gewerkschaftsbeiträge, Honorare für einen Rentenberater oder Schuldzinsen für eine auf Kredit finanzierte Einzahlung aufs Rentenkonto abzugsfähig.

Ebenso können Sie als Rentner Steuervergünstigungen wie Sonderausgaben, außergewöhnliche Belastungen, haushaltsnahe Dienstleistungen und Handwerkerleistungen geltend machen.

Die Beiträge zur gesetzlichen Kranken- und Pflegeversicherung bringen dabei in der Regel als größter Posten die meiste Ersparnis, steuerfreie Zuschüsse der Rentenkasse müssen Sie allerdings von den eigenen Aufwendungen abziehen.

Steuerlich entlastende Freibeträge gibt es auch speziell für behinderte Rentner. Der Behinderten-Pauschbetrag deckt alle regelmäßigen Kosten ab, die typisch für die Behinderung sind. Dazu gehören zum Beispiel Kosten für Medikamente oder für den erhöhten Wäschebedarf. Die Höhe des Pauschbetrages richtet sich nach dem Grad der Behinderung.

Altersentlastungsbetrag

Rentner, die über 64 Jahre alt sind, können mit dem Altersentlastungsbetrag Ihr zu versteuerndes Einkommen um gegebenenfalls maximal 1.900 € im Jahr senken. Wie hoch der Altersentlastungsbetrag für Sie ausfällt, hängt von Ihrem Geburtsjahr ab. Die vollen 1.900 € erhalten Sie, wenn Sie im Jahr 2005 das 64. Lebensjahr vollendet haben. Wer 2018 das 64. Lebensjahr vollendet hat, kann nur 912 € geltend machen. Wichtig: Für alle, die nach dem 1. Januar 1975 geboren sind, entfällt der Altersentlastungsbetrag.



Einkommensteuererklärung 2018 - Aktuelle Änderungen im Kurzticker

Ob höhere Pauschbeträge, angepasste Freibeträge oder Erleichterungen bei der Abgabe, im Steuerrecht tut sich immer was. Für den ersten Überblick haben wir Ihnen einige der wichtigsten Änderungen zusammengestellt.

Abgabefrist auf 31. Juli verlängert

Für das Steuerjahr 2018 gibt es eine neue Frist. Bisher musste die Einkommensteuererklärung immer bis zum 31.05. des Jahres ans Finanzamt übermittelt worden sein. Künftig haben Sie als Steuerzahler dafür bis zum 31.07. eines jeden Folgejahres Zeit. Nehmen Sie die Unterstützung von einem Steuerberater in Anspruch, ist der Stichtag sogar erst der 28.02. bzw. 29.02. des übernächsten Jahres.

Zuschläge bei Verspätungen

Im Gegenzug wurden die Verspätungszuschläge verschärft. Wenn Sie im Jahr 2019 die Abgabefrist für Ihre Erklärung 2018 verpassen, zahlen Sie. Bisher konnte das Finanzamt hier nach Ermessen entscheiden. Künftig kostet das Nichteinhalten der Frist pro Verspätungs-Monat mindestens 25 Euro bzw. 0,25 Prozent der um Vorauszahlungen und anzurechnende Steuerabzugsbeträge verminderten festgesetzten Steuer.

Erhöhung des Grundfreibetrags

Der Grundfreibetrag wird für das Jahr 2018 auf 9.000 € angehoben (ab 2019 sind es dann 9.168 €). Wer mehr verdient, zahlt Steuern auf sein Einkommen. Verheiratete können dank Zusammenveranlagung in der Steuererklärung den doppelten Betrag ansetzen.

Einkommengrenzen werden angehoben

Um eine „kalte Progression“ zu vermeiden, werden die Einkommensgrenzen für alle Steuersätze um 1,65 Prozent angehoben.

Was bedeutet kalte Progression: Wenn das Gehalt steigt, steigt auch der Steuerersatz. Bei einer dreiprozentigen Gehaltserhöhung zahlen Sie zum Beispiel vier oder sogar fünf Prozent mehr Steuern. Der Staat hat dann mehr von Ihrer Gehaltserhöhung als Sie selbst.

Nach wie vor gilt das Prinzip: Wer mehr verdient, zahlt auch mehr Steuern.

Grenze für Abschreibungen wird angehoben

Geringwertige Wirtschaftsgüter konnten bisher nur bis zur Grenze von 410 € auf einen Schlag abgeschrieben werden. Für das Steuerjahr 2018 gilt jedoch ein Betrag von 800 € netto ohne Mehrwertsteuer (952 € brutto). Das betrifft folglich alle Käufe, die nach dem 31.12.2017 getätigt wurden. Arbeitsmittel wie Computer oder Handy können Sie in diesem Fall sofort absetzen.

Nachweispflicht entfällt - Belege nur auf Anfrage

Fortan gilt nicht mehr die sogenannte Belegvorlagepflicht, sondern die Belegvorhaltepflcht. Das bedeutet, dass Nachweise nicht mehr direkt ans Finanzamt geschickt werden müssen. Wichtig ist aber weiterhin, die entsprechenden Belege aufzuheben. Der Sachbearbeiter kann nach wie vor Nachweise von Ihnen verlangen, die dann nachgereicht werden sollten. Ziel ist es, den bürokratischen Aufwand möglichst gering zu halten.

Mit dieser Broschüre möchten wir Ihnen einen Überblick geben, welche Ausgaben sich bei Ihrer Einkommensteuererklärung steuersparend auswirken können.

Aus Platzgründen und um Sie nicht mit zu vielen Details zu erschlagen, haben wir dabei eine Auswahl getroffen.

Wenn Sie einen Punkt vermissen und Fragen dazu haben, sprechen Sie uns an.

Doch als unser Mandant können Sie beruhigt sein: Wir berücksichtigen natürlich alle Ihre individuellen Besonderheiten.



Die Mandantenzeitung Lotse ist ein Gemeinschaftsprojekt des delfi-net Netzwerk zukunftsorientierter Steuerberater

Fast 100 Kanzleien haben sich bundesweit in diesem Netzwerk zusammengeschlossen, um Erfahrungen auszutauschen und Kompetenzen für die Mandanten zu bündeln.



Impressum:

Herausgegeben als Gemeinschaftsarbeit der delfi-net Steuerberatungskanzleien
Copyright: delfi-net - Netzwerk zukunftsorientierter Steuerberater - www.delfi-net.de
Gestaltung: Erwin Hamatschek

Fotos:

Seite 1 / © ING_18989_03013 - 02F11766 - 02E00156 / IngImage
Seite 2 - 3 / © ISS_17456_00222 - Seite 4 / © 02E86190 / IngImage
Seite 5 / © 02E00156 / IngImage - Seite 6 - 7 / © Michał_Bednarek / IngImage
Seite 8 / © ING_18989_03013 / IngImage - Seite 9 / © ISS_2419_06132 / IngImage
Seite 10 / © ING_32193_146371 / IngImage - Seite 11 / © 02F11766 / IngImage
Seite 12 / © ISS_3560_01034 / IngImage

Hinweis:

Der Inhalt ist nach bestem Wissen und dem aktuellen Kenntnisstand erstellt worden. Haftung und Gewähr sind ausgeschlossen, diese bleiben der Einzelberatung vorbehalten.

Blickhan

STEUERBERATUNG

Blickhan & Partner Steuerberater PartG mbB

Fahrstrasse 85
64832 Babenhausen

Otto-Röhm-Str. 69
64291 Darmstadt

Tel.: 06073-68112
Fax: 06073-68116

Tel.: 06151-3070910
Fax: 06151-3070970

blickhan@steuerberatung.com
www.steuerberatung.com